



INFORMATIONEN ÜBER DIE VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN FÜR DIE NUTZUNG DES INTERNEN WHISTLEBLOWING- MELDEKANALS

Gemäß Artikel 13 und 14 der EU-Datenschutzverordnung (EU) 2016/679 / General Data Protection Regulation (GDPR) und im Allgemeinen in Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Transparenz, der in der GDPR selbst vorgesehen ist, stellt **Stadtwerke Meran** (im Folgenden auch das Unternehmen) die folgenden Informationen über die Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Whistleblowers (d. h. alle Informationen, die eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person betreffen: „Betroffene Person“), der auf die interne Plattform zugreift, die vom Unternehmen vorgesehen ist, um Missstände oder Unregelmäßigkeiten bei der Ausübung ihrer Arbeitstätigkeit gemäß dem Gesetz 30. November 2017, Nr. 179 („Whistleblowing“) und des Gesetzesdekrets N. 24 vom 10. März 2023 zu melden.

1. VERANTWORTLICHER DER DATENVERARBEITUNG

Verantwortlich für die Datenverarbeitung (also das Rechtssubjekt, das die Zwecke und Mittel der Verarbeitung personenbezogener Daten festlegt, „Verantwortlicher der Datenverarbeitung“ oder „Verantwortlicher“) ist Stadtwerke Meran AG, in der Person des gesetzlichen Vertreters, mit Sitz in Meran I-39012, Europapalae, 4, Steuernummer 01526780216,

Tel. +39 0473 283000

PEC: asmmerano@pec.swmeran.it

Für Kontaktaufnahmen speziell im Zusammenhang mit dem Schutz personenbezogener Daten, einschließlich der Ausübung der Rechte unter dem Punkt „Rechte der betroffenen Personen“, wird insbesondere die folgende E-Mail-Adresse genannt: info@asmmerano.it und wir bitten Sie, etwaige Anfragen an diese Adresse zu richten.

2. KONTAKTINFORMATIONEN DES DATENSCHUTZBEAUFTRAGTEN

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verantwortliche gemäß Art. 37 der Verordnung den Datenschutzbeauftragten (Data Protection Officer, abgekürzt „DPO“) ernannt hat. Eine Kontaktaufnahme ist über folgende Kanäle möglich: privacy@asmmerano.it

3. ZWECK DER VERARBEITUNG

Die Verarbeitung der zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten dient der Verwaltung der Meldungen in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Gesetzes Nr. 179 vom 30. November 2017 und des Gesetzesdekrets N. 24 vom 10. März 2023 über „Bestimmungen zum Schutz der Verfasser von Meldungen von Straftaten oder Unregelmäßigkeiten, von denen sie im Rahmen eines öffentlichen oder privaten Arbeitsverhältnisses Kenntnis erlangt haben“

4. ART DER VERARBEITETEN DATEN

Die von der Gesellschaft verarbeiteten Daten können persönliche Informationen und Kontaktinformationen enthalten. Darüber hinaus kann es vorkommen, dass das Unternehmen zur Erfüllung spezifischer gesetzlicher Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Verwaltung der Geschäftsbeziehung (wie z. B. obligatorische Mitteilungen an die Justizbehörden) bestimmte Datenkategorien ex Art. 9 GDPR und ex Art. 10 GDPR verarbeitet.

5. RECHTSGRUNDLAGE FÜR DIE VERARBEITUNG UND VERPFLICHTUNG ZUR BEREITSTELLUNG

Die Bereitstellung personenbezogener Daten für die Zwecke der Verwaltung von Meldungen ist für die Erfüllung der unter Punkt 3 genannten Zwecke unbedingt erforderlich. Die Nichtbereitstellung der Daten macht es daher unmöglich, die unter Punkt 3 genannten Tätigkeiten auszuführen.

Es besteht somit keine Verpflichtung zur Bereitstellung der Daten, aber ohne sie ist es nicht möglich, die Meldung über die Plattform zu bearbeiten.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten ist daher das berechtigte Interesse des Verantwortlichen an der ordnungsgemäßen Entgegennahme und Verwaltung der Meldungen sowie die Notwendigkeit für den Verantwortlichen, die ihm auferlegten rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen.

6. METHODEN DER DATENVERARBEITUNG UND -ERHEBUNG, ÜBERMITTLUNG VON DATEN UND MÖGLICHE VERBREITUNG

In Bezug auf die oben genannten Zwecke werden die personenbezogenen Daten unter Einhaltung der Vorschriften durch den Einsatz manueller, computergestützter und telematischer Instrumente mit einer streng auf die Zwecke bezogenen Logik und in jedem Fall so verarbeitet, dass die Sicherheit und Vertraulichkeit der Daten gewährleistet ist.



INFORMATIONEN ÜBER DIE VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN FÜR DIE NUTZUNG DES INTERNEN WHISTLEBLOWING-MELDEKANALS

Es finden keine automatisierten Entscheidungsprozesse statt.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit Meldungen über rechtswidriges Verhalten erfolgt durch den Beauftragten für Korruptionsprävention und Transparenz (RPCT) im Rahmen der Wahrnehmung von Aufgaben im öffentlichen Interesse gemäß Art. 54- bis des Gesetzesdekrets Nr. 165/2001 und des Gesetzesdekrets Nr. 24 vom 10. März 2023, durch die Mitglieder des SB und Personen die ausdrücklich zur Erfüllung der ihnen anvertrauten Aufgaben ernannt wurden, und die Ressourcen der zuständigen Unternehmensstrukturen, an die sich der Leiter der Abteilung für Prävention, Korruption und Transparenz für die Erfüllung der übertragenen Aufgabe und Aufsichtsorgan (ODV) wenden sollte, um die Tätigkeit der Überprüfung der Begründetheit der Meldung auszuführen.

Für die Erfassung und Verwaltung von Meldungen über gesetzeswidriges Verhalten verwendet das Unternehmen einen internen Meldekanal; insbesondere der meldende Betroffene kann die Mitteilung über den folgenden Link <https://whistleblowing.swmeran.it> senden, indem er die erforderlichen Felder des Formulars ausfüllt. Diese Mitteilung wird ausschließlich von Mitarbeitern entgegengenommen, die eigens für die Verwaltung des Meldekanals geschult wurden, wobei der Grundsatz der Vertraulichkeit der meldenden Person in vollem Umfang gewahrt bleibt. Personenbezogene Daten werden nicht weitergegeben.

Das Unternehmen muss zur Verfolgung der unter Punkt 3 genannten Zwecke personenbezogene Daten an Parteien, einschließlich externer Parteien, weitergeben, die zu den folgenden Kategorien gehören:

- Leiter der Abteilung für Prävention, Korruption und Transparenz für die Erfüllung der übertragenen Aufgabe;
- Aufsichtsorgan (ODV);
- Möglicher Interner Auditdienst für die Erfüllung der übertragenen Aufgabe;
- Parteien, die Dienstleistungen für die Verwaltung des Informationssystems erbringen;
- Subjekte, die Ablage- und Speichertätigkeiten durchführen, einschließlich der computergestützten Ablage und Speicherung von Dokumenten;
- Justizbehörde;
- Rechnungshof;
- ANAC.

7. SPEICHERUNGSDAUER

Personenbezogene Daten werden nur so lange aufbewahrt, wie es für die Zwecke, für die sie erhoben wurden, erforderlich ist, unter Beachtung des Grundsatzes der Datenminimierung gemäß Artikel 5.1.c) GDPR.

Das Unternehmen kann einige Daten für den Zeitraum aufbewahren, der nach geltendem Recht erforderlich ist, sowie für den Zeitraum, der erforderlich ist, um Rechte vor Gericht durchzusetzen.

8. ORT DER DATENVERARBEITUNG

Die Verarbeitung personenbezogener Daten findet auf dem Gebiet der Europäischen Union statt. Es besteht nicht die Absicht, Daten außerhalb des Gebiets der Europäischen Union oder an eine internationale Organisation zu übermitteln.

9. RECHTE DER BETROFFENEN PERSON

Die GDPR gibt den betroffenen Personen die Ausübung der folgenden Rechte in Bezug auf die ihnen befassenden personenbezogenen Daten (die zusammenfassende Beschreibung ist bezeichnend, für die vollständige Äußerung der Rechte, siehe die Verordnung und insbesondere den Artt. 15-22):

- a) das Recht auf **Zugang** zu den personenbezogenen Daten (die betroffene Person ist daher berechtigt, unentgeltlich Informationen zu den im Besitz des Verantwortlichen befindlichen Daten und zur entsprechenden Verarbeitung und eine entsprechende Kopie in einem zugänglichen Format zu erhalten);
- b) das Recht auf **Berichtigung** der Daten (der Verantwortliche sorgt auf die Meldung der betroffenen Person hin für die Korrektur oder Ergänzung der unrichtigen oder ungenauen bzw. aufgrund mangelnder Aktualisierung unrichtig oder ungenau gewordenen Daten);
- c) **Widerruf der Einwilligung** (wenn die Verarbeitung auf der Grundlage einer von der betroffenen Person erteilten Einwilligung erfolgt, dies jedoch für die in dieser Informationsschrift genannte Verarbeitung nicht der Fall ist, kann die betroffene Person ihre Einwilligung jederzeit widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der vor dem Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird);
- d) das Recht auf **Löschung** der Daten (Recht auf Vergessenwerden) (zum Beispiel: die Daten sind für die Zwecke, zu denen sie erhoben oder verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig; sie wurden in unberechtigter Weise verarbeitet; sie



INFORMATIONEN ÜBER DIE VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN FÜR DIE NUTZUNG DES INTERNEN WHISTLEBLOWING- MELDEKANALS

müssen zur Erfüllung einer rechtlichen Pflicht gelöscht werden; die betroffene Person hat die erteilte Einwilligung widerrufen, was jedoch nicht für die in dieser Informationsschrift genannte Verarbeitung gilt, und es keine andere Rechtsgrundlage für die Verarbeitung gibt; die betroffene Person widerspricht der Verarbeitung, sofern die Bedingungen erfüllt sind (siehe Buchstabe f);

e) das Recht auf **Einschränkung** der Datenverarbeitung (in bestimmten Fällen – Bestreiten der Genauigkeit der Daten während des zur Prüfung notwendigen Zeitraums; Bestreiten der Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung mit Widerspruch gegen die Löschung; Notwendigkeit der Nutzung der Daten zur Wahrnehmung der Verteidigungsrechte der betroffenen Person, während die Daten für die Zwecke der Datenverarbeitung nicht mehr nützlich sind; wenn gegen die Verarbeitung Widerspruch eingelegt wird, während die erforderlichen Kontrollen durchgeführt werden – die Daten werden so gespeichert, dass sie bei Bedarf wiederhergestellt werden können, aber in der Zwischenzeit können sie von dem Verantwortlichen nicht eingesehen werden, es sei denn, dies geschieht im Zusammenhang mit der Prüfung der Gültigkeit des von der betroffenen Person gestellten Antrags auf Einschränkung oder mit der Zustimmung der betroffenen Person oder zur Feststellung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats);

f) das Recht auf **Widerspruch gegen die gesamte Datenverarbeitung oder gegen einzelne Abschnitte aus legitimen Gründen** (vollständiger oder teilweiser Widerspruch aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation der betroffenen Person ergeben, gegen die Verarbeitung auf der Grundlage des berechtigten Interesses);

g) das Recht auf **Datenübertragbarkeit** (sollte die Datenverarbeitung auf Grundlage der Einwilligung oder eines Vertrages und mit automatisierten Mitteln erfolgen, was bei den in dieser Informationsschrift genannten Verarbeitungen nicht der Fall ist, erhält die betroffene Person auf ihre Anfrage die auf sie bezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format; sie kann diese Daten an einen anderen Verantwortlichen übermitteln, ohne durch den Verantwortlichen, dem sie die Daten zur Verfügung gestellt hat, daran gehindert zu werden; falls es technisch machbar ist, kann sie verlangen, dass diese Übermittlung direkt vom letztgenannten Verantwortlichen vorgenommen wird).

h) Recht auf **Einlegen einer Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde** (Garante per la protezione dei dati personali – Garante Privacy).

Die Datenschutzbehörde ist über die Kontaktdaten erreichbar, die auf der Website der Behörde www.garanteprivacy.it angegeben sind.

Für die Ausübung ihrer Rechte oder für alle Anfragen oder Bedürfnisse im Zusammenhang mit diesen Informationen kann sich die betroffene Person an den Verantwortlichen unter der folgenden speziellen E-Mail-Adresse wenden: info@asmmerano.it oder an die anderen oben genannten Kontakte des Verantwortlichen.

Wir weisen darauf hin, dass die oben genannten Rechte gemäß Artikel 2-undecies des Gesetzesdekrets Nr. 196 vom 30. Juni 2003 von der gemeldeten Person, dem mutmaßlichen Täter, nicht ausgeübt werden können (weder durch einen Antrag an den Verantwortlichen noch durch eine Beschwerde beim Garante Privacy), wenn die Ausübung dieser Rechte zu einer tatsächlichen und konkreten Beeinträchtigung der Vertraulichkeit der Identität der meldenden Person führen könnte. Dies gilt unbeschadet der Möglichkeit der gemeldeten Person, ihre Rechte gemäß Artikel 160 des Gesetzesdekrets Nr. 196/2003 auszuüben.